

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Tobias Pflüger, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Eva-Maria Schreiber und der Fraktion DIE LINKE.

Entführungen in Niger und Nigeria

Am 11. April 2018 wurde in der Nähe der Landgemeinde Inatès in Niger ein deutscher Entwicklungshelfer verschleppt, mutmaßlich von Islamistinnen und Islamisten. Das Entführungsoffer ist Mitarbeiter der in Bonn ansässigen privaten Hilfsorganisation „Help“ (www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.entfuhrung-in-niger-schicksal-von-deutscher-geisel-unklar.306b05da-d709-4fd8-b55c-d8e4e8d6325d.html).

Am 16. April 2018 haben Bewaffnete im Norden Nigerias zudem einen deutschen Mitarbeiter einer örtlichen Baufirma gekidnappt. Ein Polizist, der den Deutschen begleitet hatte, ist nach Angaben eines Behördensprechers bei dem Überfall getötet worden (www.tagesschau.de/ausland/nigeria-entfuhrung-103.html). Zeitgleich waren im Rahmen der Militärübung Flintlock 2018 Angehörige der Bundeswehr in Niger präsent. Ob ein Zusammenhang zwischen den Entführungen und Flintlock 2018 besteht, ist noch unklar.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Angaben kann die Bundesregierung zu Aufenthalt und Gesundheitsstatus des am 11. April 2018 in der Nähe von Inatès in Niger entführten deutschen Entwicklungshelfers machen?
2. Welche Angaben kann die Bundesregierung zu Aufenthalt und Gesundheitsstatus des am 16. April 2018 im Norden Nigerias entführten deutschen Mitarbeiters einer örtlichen Baufirma machen?
3. Inwiefern hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Entführungen die in Niger stationierten bzw. an der Übung Flintlock 2018 beteiligten Soldaten der Bundeswehr informiert oder um eine Einschätzung gebeten?
4. Inwiefern hat die Bundesregierung jeweils einen Einsatz des Kommando Spezialkräfte (KSK) zur Rettung oder Evakuierung deutscher Staatsbürger in Niger bzw. Nigeria erwogen?
5. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über einen möglichen Zusammenhang zwischen Flintlock 2018 bzw. der Präsenz der Bundeswehr in Niger und den Entführungen vor bzw. kann sie diesen ausschließen, und wie kommt die Bundesregierung zu dieser Einschätzung?

Berlin, den 11. Oktober 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

